



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG
Arbeitsstelle Theologie der Friedenskirchen



the AMSTERDAM CENTER
for RELIGION, PEACE
and JUSTICE STUDIES

Doopsgezind
Seminarium
Amsterdam



Mit Gewaltfreiheit gegen Gewalt?

Konfliktintervention als Herausforderung für die Friedenstheologie

Europäisches Symposium, Bienenberg, 29. – 30. Juni 2015

Stimmen einer friedenskirchlichen Perspektive

- Ein Arbeitsdokument -

Als mennonitisch-theologische Ausbildungsstätten in Europa¹ sind wir durch die vielen gewaltvollen Krisen in verschiedenen Teilen der Welt herausgefordert und haben daher Repräsentanten, Expertinnen und Studierende verschiedener mennonitischer Hintergründe und aus unterschiedlichen europäischen Ländern eingeladen, um ganz neu miteinander zu erörtern, was die Berufung und eine mögliche Stimme der Friedenskirchen inmitten dieser schwierigen und beunruhigenden Zeiten sein könnte. Auch ökumenische Gäste, wie z.B. Mitglieder der Arbeitsgruppe "Kirche des gerechten Friedens werden" der Evangelischen Landeskirche in Baden, des Ökumenischen Rates der Kirchen (Kommission für internationale Angelegenheiten / Commission on International Affairs) und des europäischen Netzwerkes "Church & Peace" waren eingeladen, ihren Beitrag einzubringen.

Global erleben wir aktuell den Aufstieg des sogenannten "Islamischen Staates" (IS), die verheerende Lage in Syrien und im Irak, Gewaltakte durch Gruppen wie Boko Haram in Nigeria, einen drohenden Genozid in Burma/Myanmar, einen neuen Bürgerkrieg in Burundi sowie das Andauern des Bürgerkrieges in der Demokratischen Republik Kongo, kriegerische Konflikte in der Ost-Ukraine, aber auch die furchtbare Notlage, ja sogar den Tod unzähliger Flüchtlinge auf ihrem Weg in europäische Länder. Internationale politische Institutionen und nationale Regierungen in Europa scheinen weder in

¹ Amsterdam Center for Religion, Peace & Justice Studies –
Doopsgezind Seminarium, Freie Universität Amsterdam, Niederlande;
Arbeitsstelle Theologie der Friedenskirchen, Universität Hamburg, Deutschland;
Centre Mennonite de Paris, Frankreich;
Theologisches Seminar Bienenberg, Schweiz.

der Lage zu sein, notwendige Schritte zu erkennen und umzusetzen, damit für alle gerechter Friede werden kann, noch Schutz für die Schwächsten bereit zu stellen.

Mennoniten wurden in den letzten Monaten immer wieder von anderen Kirchen oder säkularen Medien gebeten, ihre Sicht als Friedenskirche zur aktuellen Lage zu äußern. Die Teilnehmenden des Symposiums sind dieser Einladung auf unterschiedliche Weise nachgekommen. Wir spüren die Notwendigkeit, neu auszuloten und unter uns zu klären, was wir in diese Gespräche einbringen können, in Ergänzung zu den vielen praktischen Schritten, die wir bereits unternehmen. Gibt es eine spezifische Weisheit und Perspektive, die wir miteinander teilen und einbringen können?

I. Der Rahmen unserer Diskussionen

Um die oben gestellte Frage beantworten zu können, eröffneten wir unsere Diskussion mit Hilfe des dreigliedrigen Konzeptes der "Schutzverantwortung" oder "*Responsibility to Protect*" (R2P), das bekanntlich Prävention, Intervention und Wiederaufbau unterscheidet. Dieses Konzept wird einerseits derzeit verstärkt diskutiert und andererseits – im Fall von Libyen – auch bereits von Politikern unserer Länder missbraucht. Als Friedenskirche ist uns bewusst, dass wir generell von einer Position der *aktiven* Gewaltfreiheit her kommen und unsere Gemeinden meist sowohl im Bereich der "Verantwortung zur Prävention" als auch in der "Verantwortung zum Wiederaufbau" und der Versöhnungsarbeit nach Konflikten involviert sind. Somit stellt der (mittlere) Bereich der "Verantwortung zur Reaktion (bzw. zur Intervention)" in gewaltvollen Konflikten nicht nur für alle andern, sondern auch für uns die größte Herausforderung dar: Können wir unsere gewaltfreie Position beibehalten, wenn Menschen brutaler Gewalt ausgesetzt sind und ihr Leben nicht verteidigen können? Und falls wir die gewaltfreie Position beibehalten, wie können wir diese angemessen zum Ausdruck bringen?

Wenn wir von Verantwortung sprechen, differenzieren wir wie folgt:

- (a) Verantwortung für die Nächsten – und den Aggressor ("Feind") und
- (b) Verantwortung/Rechenschaft gegenüber einer Regierung/Autorität

Beiden bezeugen wir, dass wir Gott, der sich uns bekannt gemacht hat durch das Leben, den Tod und die Auferstehung Jesu Christi, immer als höchste Autorität ansehen werden.

Wir haben erneut verschiedene Positionen der Täufer des 16. Jahrhunderts zu den genannten Themen gesichtet, wie auch solche von Mennoniten des 17. – 19. Jahrhunderts und des 20. - 21. Jahrhunderts, welche durch zwei Weltkriege geprägt worden sind. Mennoniten haben immer wieder die Herausforderungen diskutiert, die ihnen ihre Zeit und ihr Kontext gestellt haben und entsprechend verschiedene Positionen formuliert.

In den vergangenen Jahren haben Gespräche unter Mennoniten und Katholiken zum Vorschlag eines Konzeptes von "just policing"² geführt, um auf die Herausforderung der Interventions-Verantwortung eine gemeinsame Antwort zu geben.

Das Symposium hat dieses Konzept aufgegriffen und diskutiert, um herauszufinden, ob und wie es uns in unserem Streben danach, den Einsatz militärischer Mittel zu vermindern und Raum für Frieden und Gerechtigkeit zu schaffen, nützen kann. Wir stellten folgende Frage: "Können wir aus einer christlichen ethischen Perspektive eine Form von polizeilichem Zwang legitimieren, die allein auf Verteidigung und Minderung der Gewalt ausgelegt ist, um die zu schützen, deren Leib und Leben direkt bedroht ist und die um einen solchen Schutz bitten?"

² Deutsch etwa zu übersetzen mit "Ausübung gerechter polizeilicher Massnahmen".

II. Drei Positionen zur Diskussion gestellt

Innerhalb des genannten Kontextes diskutierten wir drei verschiedene Positionen, die von Mitgliedern mennonitischer Gemeinden innerhalb Europas vertreten werden. Aufgrund der zeitlichen Begrenzung konnte kein Konsens formuliert werden. Dennoch sind nachfolgend unsere Gespräche zusammengefasst worden, um zu künftigen Gesprächen zu ermutigen und diese zu inspirieren.

a. Polizeilicher Zwang *mit* eingeschränkter und ausnahmsweiser Anwendung tödlicher Gewalt

Zustimmung:

Viele stimmen zu, dass die Polizei in den europäischen Gesellschaften, in denen sie leben, eine notwendige (wenn auch nicht perfekte) Rolle spielen, Ordnung aufrecht zu erhalten. Dabei anerkennen sie, dass unsere Gesellschaften klare legale Einschränkungen zum Gebrauch von Gewalt gesetzt haben (beispielsweise ist Schusswaffengebrauch bei ernstesten Angriffen erlaubt, der nur verletzt, aber den Aggressor nicht tötet).

Herausforderungen:

Wir tun uns, auch theoretisch, schwer damit, einer möglichen internationalen Anwendung dieser Form von Polizeigewalt in einem fremden Kontext zuzustimmen. Hauptgrund dafür ist die "Logik der Gewalt", die dazu tendiert, ihre ganz eigene Dynamik zu entwickeln und die am Ende zu einer Eskalation der Gewalt führen könnte. Zudem sind wir hier zurückhaltend, weil bislang nicht ausreichend Informationen darüber vorliegen, wie eine solche Polizei ganz praktisch funktionieren könnte. (Würde beispielsweise eine solche Polizei gegen Einheiten der nationalen Regierung des jeweiligen Landes antreten?). Darüber hinaus gibt es keine Garantien, dass eine solche Intervention erfolgreich sein würde.

Die Frage bleibt, ob eine solche Polizei ein „realistischer“ erster Schritt innerhalb einer politischen Debatte und Entscheidungsfindung sein könnte, um militärische Interventionen zu verringern.

b. Polizeilicher Zwang *ohne* tödliche Gewaltanwendung

Zustimmung:

Im besten Fall kann eine solche Polizei einen Kontext schaffen, in dem die Transformation der Gesellschaft möglich wird, da sie Raum für andere, zivile Maßnahmen schafft, die zur Befriedung und De-Eskalation des Konfliktes beitragen. Dabei ist klar, dass die Effizienz einer solchen Intervention von der Akzeptanz einer solchen Polizei durch alle lokalen Konfliktparteien abhängig ist.

Herausforderungen:

Öffnet eine solche Polizei die Tür zum Gewaltgebrauch? Beginnt damit das Abgleiten in die Gewalt? Welche Art von "Waffen" wäre akzeptabel? Da seitens einer solchen Polizei das Potential für Missbrauch hoch ist, müssen effektive Mittel der Kontrolle eingeführt werden. Könnten solche Kontrollmaßnahmen durch internationale Organisationen wahrgenommen werden, die unabhängig von der jeweiligen nationalen Regierung funktionieren? Wer definiert "just" (gerecht) in "just policing"? Wie realistisch ist die mögliche Intervention einer solchen Einheit während eines "heißen Konfliktes"? Und erneut bleibt festzuhalten: Es gibt keine Garantien, dass eine solche Intervention erfolgreich sein würde.

c. Gewaltfreie Intervention

Zustimmung:

Die gewaltfreie Position stimmt ethisch und theologisch mit dem Evangelium von Jesus Christus überein. Sie wurzelt in der geistlichen Kraft und dem Versöhnungsdienst der Gemeinde. Wir haben bereits ganz praktisch sehen können, dass internationale Institutionen durch eine gewaltfreie Ethik nachhaltig positive Auswirkungen hervorrufen konnten, da sie mit diesem Zugang Respekt und Vertrauen zu gewinnen vermochten.

Herausforderungen:

Haben wir die Diversität gewaltfreier Optionen für Interventionen schon adäquat genug erforscht? Können wir auch auf politischer Ebene konkrete Vorschläge anbieten? Wir geben zu, dass wir bislang nicht über genügend Mittel und Wege verfügen, mit denen effektiv in "heißen Konflikten" interveniert werden könnte, beispielsweise beim Schutz der Schwächsten gegen Verbrechen der Menschlichkeit und im Falle eines Genozids. Das ist auch bedingt durch die Tatsache, dass nur vergleichsweise wenig finanzielle Ressourcen und Ausbildung zur Verfügung gestellt werden, um diesen Ansatz angemessen zu erforschen. Es ist noch viel mehr Zeit und Raum nötig, um Methoden gewaltfreier Intervention und Strategien zu entwickeln.

Viele befürchten oder glauben, dass Gewaltfreiheit im Bereich der „Intervention“ bzw. der „Reaktion“ (wie sie im Konzept des R2P verstanden wird) immer nur beschränkt wirksam sein wird. Selbst in unseren eigenen Gemeinden stellen wir einen Mangel an Glauben in die Kraft der Gewaltfreiheit fest. Auch hier herrscht die Furcht vor den mannigfaltigen Risiken und Gefahren eines strikt gewaltfreien Handlungsansatzes.

Erneut bleibt festzuhalten: Es gibt erstens keine Garantien, dass eine solche gewaltfreie Intervention ‚erfolgreich‘ sein würde. Und zweitens impliziert deren Anwendung die Bereitschaft, das eigene Leben zu riskieren – wie in allen anderen Optionen auch. Zusätzlich fragen wir uns, ob und wann die gewaltfreie Position in der Gefahr steht, schlicht eine Form von Gesetzlichkeit oder Ideologie zu sein, und wir nicht mehr fähig sind, den wirklichen Nöten unserer Nächsten oder Feinde Priorität zu geben.

III. Unsere Gespräche führten zu weiteren allgemeinen und spezifischen Fragen und Überlegungen, die ein weiteres Nachdenken dieser komplexen Thematik erfordern

- Welche theologisch-ethische Basis gibt es für Intervention?
- Haben Friedenskirchen eine "Zwei-Reiche"-Theologie/Ethik und wenn ja, wie stellt sie sich dar?
- Wer sind die "Akteure" bei einer Intervention? Ist dabei die Verantwortung aufgeteilt oder wird sie in Gemeinschaft verschiedener Akteure wahrgenommen (Staaten, Regierungen, die UNO, die "internationale Gemeinschaft", die Kirche(n), Nichtregierungsorganisationen, etc.)? Haben verschiedene "Akteure" auch verschiedene Rollen?
- An wen richten sich die Friedenskirchen? An unsere eigenen Gemeinden, andere Kirchen, die Medien? An unsere Regierungen, die UNO?
- Die betroffenen "Insider" eines jeden Konfliktes müssen bei jedem Schritt konsultiert werden. Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit, dass wir mit Überlebenden eines Genozids über Fragen der Intervention sprechen sollten.

- Was kann die Perspektive von anderen (wie z.B. Polizisten, die schon in Afghanistan gearbeitet haben oder Menschen, die selber Opfer von Polizeigewalt geworden sind etc.) zu den Diskussionen beitragen?
- Was ist der Beitrag von „Gender“-Themen zur Diskussion? Sind Männer mehr als Frauen vom Mythos der erlösenden Gewalt beeinflusst, wenn es um die Frage der Intervention im Rahmen der Schutzverantwortung (R2P) geht (der „Held“, der Leben durch Kampf rettet)?
- An welchem Punkt ist es nötig, von Prävention zur Intervention zu wechseln? Soll Prävention überhaupt je aufhören? Und stellen Prävention und Wiederaufbau nicht auch Formen von Intervention dar?
- Wir befürchten, dass der Fokus auf Intervention den Einsatz für Prävention mindern könnte. R2P stellt nicht per se eine Gegenposition zur Gewaltfreiheit dar. Aber wenn Gewalt weiterhin als legitim angesehen wird in diesem Konzept, dann gleicht dieser Ansatz zunehmend der Lehre des „Gerechten Krieges“ und steht in Gefahr, missbraucht zu werden. Das UNO-Konzept der „humanitären Intervention“ hat versagt – was wir davon lernen konnten, sollte in unsere weiteren Diskussionen über R2P einfließen.
- Wenn R2P wirklich einen anderen Ansatz als die Lehre des „Gerechten Krieges“ darstellt, dann sollte dieses Konzept sich für die Reduzierung von Waffen und die Entmilitarisierung von Gesellschaften stark machen (inklusive unserer eigenen), denn beides facht gewaltvolle Konflikte in vielen Teilen der Welt an, was in der Folge wiederum eine „Intervention“ nötig erscheinen lässt.

IV. Was ist tatsächlich *unsere* Verantwortung – aus friedenskirchlicher Perspektive?

Einige weitere „Verantwortungen“, von denen wir gemeinsam überzeugt sind:

- **Die Verantwortung, unsere Vorstellungskraft zu nutzen**
 - Wir sind verantwortlich dafür, unsere Vorstellungskraft zu nutzen, um Alternativen zur Gewalt zu erforschen und neue gewaltfreie Formen der Intervention zu formulieren.
 - Tödliche Gewalt/Intervention schließt die Tür (und gibt Räume preis), um in Alternativen zur Gewalt zu investieren, um sie sich vorzustellen und auszumalen und um sie zu erforschen (z.B. gewaltfreies „empowerment“)
 - Es ist nötig, Gegen-Geschichten („*counter-narratives*“) zu erzählen gegenüber der vorherrschenden Präferenz gewaltvoller Interventionen.
 - Tödliche Gewalt zuzulassen, kann zu einem Verlust von Glaubwürdigkeit seitens der Friedenskirchen führen.
 - Menschen, die politische, wirtschaftliche und militärische Macht innehaben, sind bereits parteiisch und tendieren dazu, ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Dies kompromittiert ihre Fähigkeit zu guter Intervention, besonders, wenn dabei Zwangsgewalt genutzt wird.
- **Die Verantwortung zu klagen**
 - Sowohl Gewalt als auch Gewaltfreiheit können und werden scheitern und sind beide möglicherweise nicht in der Lage, das Töten zu verhindern.
 - Mit den Leidenden zu leiden, kann als Mittel gewaltfreier Intervention verstanden werden.
 - Jesus ließ seine Jünger zurück ohne „Sicherheit“, die mit Gewalt vermeintlich hergestellt werden könnte, und er beanspruchte eine solche „Sicherheit“ auch nicht für sich selbst. Der Weg, die Welt zu retten, ist der „Weg des Kreuzes“.

- **Die Verantwortung zu bekennen (Schuld und Glauben)**
 - Wir bekennen, dass wir an vielen Konflikten beteiligt sind, die weit weg zu sein scheinen.
 - Wir bekennen, dass "Jesus unser Friede" ist. Unsere Art der „Intervention“ will sich am Beispiel Jesu orientieren.

- **Die Verantwortung zu vertrauen**
 - Wir werden dazu ermutigt, auf die Gegenwart Gottes, des Schöpfers zu vertrauen und nicht auf die „Sicherheit“ anderer geschaffener Mächte.
 - Wir glauben, dass Gott mit uns, durch uns und trotz uns wirkt, um auf lange Sicht Frieden zu wirken – oftmals auf eine Art und Weise, die wir nicht erkennen können.
 - Zu intervenieren verlangt von uns, dass wir andere durch die Brille der Liebe und Hingabe sehen und dass wir sie auf eine Art und Weise anschauen, die Vertrauen schafft (z.B. durch versöhnende Gerechtigkeit).

- **Die Verantwortung zu Demut**
 - Wir müssen auf unsere eigene Tendenz zur Gewalt achten, wenn wir andere zum Frieden miteinander ermutigen wollen.
 - Der Glaube an die "erlösende Macht der Gewalt" geht davon aus, dass wir in der Lage wären, ein gewünschtes Endergebnis zu gewährleisten. Dies steht im Widerspruch zu einer Position und Grundhaltung der Demut.

- **Die Verantwortung zu handeln**
 - Die Gemeinschaft der Christen ist gerufen, konkret Wege des gerechten Friedens aufzuzeigen, so wie es Jesus offenbarte.
 - Als Friedenskirchen sind wir aufgefordert, uns vorzustellen, wie dieser Weg des gerechten Friedens aussehen könnte, gerade auch in exponierten Konflikten.
 - Und wir sind aufgefordert, die notwendigen Risiken einzugehen, um diesem Weg zu folgen, und dabei bereit zu sein, die Konsequenzen dieses Weges des gerechten Friedens auf uns zu nehmen.

Unsere Gespräche werden weitergehen – untereinander, mit Christen und Christinnen anderer Traditionen und mit Angehörigen anderer Glaubenstraditionen sowie in der breiteren Öffentlichkeit..

Wir verlassen dieses Symposium mit dem Gebet: "Leite unsere Füße auf dem Weg des Friedens (Lukas 1:79)

Übersetzung: Heike Geist / Hanspeter Jecker